ÄA12.2: Keine Profite mit Blut und Tod – Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig

Einreichende: Franziska Kage, Georg Grünewald

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Unter 2. soll nach dem letzten Satz folgendes ergänzt werden:

„Die Linke Leipzig schließt sich dem derzeit formierenden Bündnis „Keine Raketenfabrik in Leipzig“ an und bringt sich aktiv in die Mitgestaltung der Aktionen ein.“

Begründung:

Bis vor wenigen Wochen war die Ansiedlung eines Rüstungskonzerns in Leipzig noch Spekulation und konkretere Informationen lagen noch nicht vor. Mitte September wurde das Bild jedoch klarer und es wurde bekannt, dass der Rüstungskonzern Covenant sich im Leipziger Norden ansiedeln will. Ob dies dann auch tatsächlich passiert, bleibt bisher (Stand: 15.09.) noch ungewiss. Doch es bildet sich bereits ein breites Bündnis antimilitaristischer Akteure, die diese Ansiedlung verhindern wollen. Dort sollten wir uns von Beginn an einbringen.

Erste Treffen, Proteste und Sondierungen eines Bündnis-Konsens fanden im September bereits statt. Die dort anwesenden Menschen aus verschiedenen antifaschistischen, antimilitaristischen und sozialistischen Gruppen standen einer Beteiligung der Partei die Linke auf Nachfrage bisher wohlwollend gegenüber. Diese Chance sollten wir nutzen, um uns als glaubhafter Partner im antimilitaristischen Kampf zu etablieren, indem wir die Genoss*innen außerparlamentarischer Gruppen nach Kräften unterstützen.

Zudem wünschenswert wäre es, die derzeitig stattfindenden gesellschaftlich getragenen Kämpfe gegen Sozialstaatsabbau, Wiedereinführung der Wehrpflicht und Produktion von Rüstungsgütern noch stärker miteinander zu verknüpfen, um ein gemeinsames Narrativ zu entwickeln und die Schlagkraft dieser Bewegungen zu erhöhen. Auch diese Perspektive sollten wir in das Bündnis einbringen, um unsere eigenen Stärken, wie die bisherige Beteiligung an Schulstreiks, Sozialprotesten, sowie Verankerung in anderen Protestbewegungen, sowie unsere dort gesammelten Erfahrungen mit den Genoss*innen der anderen Gruppen zu teilen und die Bündnisarbeit in Leipzig zu stärken.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: